

## Zwischen Kuhhandel und Pokerspiel

Die Verhandlungen zur zukünftigen EU-Agrarpolitik

von Christian Rehmer

*Die EU-Kommission hat 2018 ihre Verordnungsentwürfe für die Gemeinsame Agrarpolitik für die Jahre nach 2020 vorgelegt und dabei an der aktuellen Aufteilung in eine finanziell sehr stark ausgestattete Erste Säule und eine demgegenüber wesentlich geringer ausgestattete Zweite Säule festgehalten. In der anschließenden Auseinandersetzung um die Zukunft der EU-Agrarpolitik zeigten sich die unterschiedlichsten Interessen, beispielsweise zwischen dem Umwelt- und dem Agrarausschuss des EU-Parlaments. Zu einer Abstimmung im EU-Parlament kam es nicht mehr. Angesichts eines sich neu konstituierenden Parlaments und der Bildung einer neuen Kommission blieb es im Sommer 2019 weitestgehend still um die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik der EU. Das wird sich 2020 wieder ändern, nicht nur weil Deutschland in der zweiten Hälfte des Jahres die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, sondern auch, weil kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft – beispielsweise von der Verbände-Plattform – entschiedene Änderungen in der Agrarpolitik einfordern.*

Der im Sommer 2018 vorgelegte Verordnungsentwurf der EU-Kommission für die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) hält an der bisherigen Aufteilung in eine große Erste Säule mit den in der Regel pro Hektar ausgezahlten Direktzahlungen und der wesentlich schwächer ausgestatteten Zweiten Säule fest. Mit seinem Entwurf bestimmte der damalige Agrarkommissar Phil Hogan neun spezifische Ziele (jeweils drei in den Bereichen Ökonomie, Soziales und Ökologie), die die GAP künftig anstreben soll.<sup>1</sup> Seitdem wurde intensiv im Agrarministerrat und im Europäischen Parlament diskutiert. Anfang 2019 kam es dort zu ersten Entscheidungen. Der Umweltausschuss legte eine Position voll guter Hinweise und konstruktiver Kritikpunkte vor. Kurz darauf verabschiedete der Agrarausschuss eine Position, die weder die Hinweise aus den anderen Ausschüssen aufnahm noch Verbesserungen am Kommissionsentwurf erkennen ließ. Kurz danach fanden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, was eine Abstimmung im Plenum verhinderte. Es kamen neue Abgeordnete nach Brüssel, Büros wurden ausgeräumt und neu eingerichtet, Fraktionen gebildet und Ausschüsse neu besetzt. Um die GAP wurde es im Sommer 2019 erst mal still.

Doch selbst ohne diese Pause kann man den bisherigen Verhandlungsverlauf nur als schleppend bezeichnen. Das bezieht sich nicht nur auf die GAP, sondern

auch auf den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU, der auch die Grundlage für die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft bildet. Auch gut eineinhalb Jahre nach dessen Vorstellung, gibt es noch keine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten. Dazu trug sowohl das Hin und Her beim Brexit bei, als auch völlig unterschiedliche Positionen darüber, welchen Anteil am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt die Mitgliedstaaten zukünftig nach Brüssel überweisen sollen. Aus der bisherigen GAP-Debatte kristallisieren sich aber auch einige inhaltliche Schwerpunkte heraus, die gerade aus umwelt- und klimapolitischer Sicht sehr interessant sind. Dazu gehören die Bedeutung und Ausgestaltung der pauschalen Flächenprämie (zukünftig als »Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit« bezeichnet<sup>2</sup>), die in der »Konditionalität« formulierten Grundanforderungen, an die sich jeder Betrieb halten muss, der Prämien beantragen will, sowie ein neues Förderinstrument namens Eco-Schemes. Mit Letzterem können »fakultative Regelungen für Klima und Umwelt«<sup>3</sup> aus Mitteln der Ersten Säule finanziert werden.

### **Pauschale Flächenprämie wird zur Gretchenfrage**

Der allergrößte Teil des GAP-Budgets wird aktuell (und wohl auch zukünftig) pauschal pro Hektar aus-

gezahlt. Im derzeitigen Förderzeitraum machen diese Direktzahlungen rund 72 Prozent des gesamten GAP-Budgets aus.<sup>4</sup> Das wird sowohl von der Wissenschaft als auch von Umwelt-, Natur- und Klimaschutz- sowie einigen Agrarverbänden seit Jahren kritisiert. Je mehr Hektar ein Betrieb hat, desto mehr pauschale Flächenprämie erhält er. Wie ein Betrieb wirtschaftet und welche Leistungen er für die Umwelt, das Tierwohl oder den Klimaschutz erbringt, wird dabei kaum berücksichtigt. Davon profitieren die intensiv wirtschaftenden Betriebe.

In der Debatte um die GAP steht die Zukunft dieser pauschalen Flächenprämie im Fokus. Konservative Politikerinnen und Politiker<sup>5</sup> sowie die meisten Bauernverbände halten mehr oder weniger bedingungslos an der Prämie fest, verteidigen ihr Budget und bekämpfen alle Vorschläge, die eine Verringerung (oder gar Abschaffung) der Prämie zur Folge hätten. Dazu gehört beispielsweise die verbindliche Einführung von Obergrenzen pro Betrieb. Phil Hogan schlug eine EU-weite Regelung vor: Mehr als 100.000 Euro darf ein Betrieb nicht aus Brüssel erhalten (allerdings darf er vor dieser Kappung die Lohnkosten gegenrechnen). Darüber hinaus wollte Hogan, dass bei einer Jahressumme über 60.000 Euro bereits eine Reduzierung der Hektarprämien erfolgen soll. Mit einer solchen Regelung könnte der enorm ungleichen Verteilung der Prämien (EU-weit gehen 80 Prozent der Gelder an 20 Prozent der Betriebe, in Deutschland sind das 69 Prozent<sup>6</sup>) leicht entgegengewirkt werden. Doch in Brüssel wird fleißig gegen diesen Vorschlag opponiert. Gerade das deutsche Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) setzt sich dafür ein, dass diese Regelung rein freiwillig sein soll. Damit will es Rücksicht auf die von einer Kappung betroffenen Großbetriebe nehmen.

Wie sensibel die Prämienempfänger und einige Bauernverbände auf jegliche Änderung an der Flächenprämie reagieren, zeigt ein Beispiel aus dem vergangenen Jahr. Anfang September 2019 beschloss das Bundeskabinett im Rahmen des sog. »Agrarpaketes« die Umschichtung zwischen der Ersten und der Zweiten Säule für das Jahr 2020 leicht zu erhöhen. Bisher betrug der Prozentsatz 4,5 Prozent und dieser wurde geringfügig auf sechs Prozent angehoben. Damit stehen den Bundesländern 75 Millionen Euro mehr für sinnvolle Projekte in ihren Programmen zur Zweiten Säule für das Jahr 2021 zur Verfügung.<sup>7</sup> Pro Hektar bedeutet das eine Kürzung der pauschalen Flächenprämie um 4,50 Euro, welche in Deutschland derzeit im Durchschnitt 281 Euro pro Hektar und Jahr beträgt.<sup>8</sup> Selbst diese minimale Änderung bezeichnete der Deutsche Bauernverband als »schmerzhaftes Einschnitten im Einkommen der Bauern«. <sup>9</sup> Das zeigt: So lange die pauschale Flächenprämie als vermeintlich

berechtigter Besitz empfunden wird, wird jede Veränderung daran auf erbitterten Widerstand stoßen.

### **Konditionalität: schwache oder starke Grundanforderungen?**

Ein weiterer Schwerpunkt der Debatte ist die Ausgestaltung der Grundanforderungen,<sup>10</sup> die im Entwurf der EU-Kommission nicht ausreichend beschrieben sind. Eine EU-weite Konkretisierung wäre notwendig, um Mindeststandards in den Bereichen Umwelt, Klima und Tierwohl abzusichern. Andernfalls droht ein Unterbietungswettbewerb der Mitgliedstaaten. Für Umwelt- und Naturschutzverbände ist besonders der »Mindestanteil der landwirtschaftlichen Fläche für nichtproduktive Landschaftselemente oder Bereiche« interessant. Die Kommission hat es versäumt, diesen Mindestanteil festzulegen. Aus Sicht des Umweltausschusses sollten sieben Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche beispielsweise für Brachen, Hecken, Rand- und Pufferstreifen verpflichtend sein. Diese nichtproduktiven Flächen könnten durch Agrarumweltprogramme aus der Zweiten Säule oder das neue Förderinstrument Eco-Schemes aus der Ersten Säule ergänzt werden.

### **Eco-Schemes: neue Prämie für Umwelt und Klima**

Bei den Eco-Schemes gibt es zwei unterschiedliche Diskussionspunkte: Budget und Inhalt. Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments forderte, 30 Prozent des Budgets der Ersten Säule für die Eco-Schemes zu reservieren. Der Agrarausschuss sprach sich für 20 Prozent aus und die in der Agrar-Plattform organisierten Vereine und Verbände werben für einen kontinuierlichen steigenden Prozentsatz, der zu Beginn der Förderperiode bei 30 Prozent liegen soll.<sup>11</sup> Selbst Bundesagrarministerin Julia Klöckner, die sich lange Zeit kaum auf GAP-Positionen festlegen wollte und sich bei den Verhandlungen nicht in die Karten schauen lässt, forderte im April 2019 ein EU-weites Mindestbudget – ohne allerdings einen Prozentsatz zu nennen.<sup>12</sup> Der Deutsche Bauernverband verfolgt das Ziel, möglichst wenige Anforderungen in der Konditionalität zu verankern, damit diese als Eco-Schemes programmiert und entsprechend vergütet werden können.

Die Plattform-Verbände haben als erste zivilgesellschaftliche Akteure einen Vorschlag vorgelegt, wie die Eco-Schemes in Deutschland ausgestaltet sein könnten.<sup>13</sup> Als geeignete Maßnahmen schlagen die Verbände unter anderem extensive Grünland- und Ackernutzung jeweils unter Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und mineralische Düngung vor. Sie fordern den Anbau von Leguminosen ohne Pflanz-

zenschuttmittel und Düngung, extensive Weidehaltung, Brachen, Blüh- und Nützlingsstreifen, Lichtäcker und Streuobstwiesen als Eco-Schemes einzuplanen. Auch ein hoher Anteil an Landschaftselementen, an Dauergrünland unter Beweidung und eine hohe Kulturartenvielfalt im Betrieb werden als honorierungswürdig genannt.

Zusätzlich zu flächenbezogenen Maßnahmen halten es die Verbände für notwendig, auch Maßnahmen zum Umbau der Tierhaltung wie z. B. Stroheinstreu, Auslauf oder ein deutlich erhöhtes Platzangebot im Rahmen der Eco-Schemes förderfähig zu machen. Bisher fehlt das im Entwurf der EU-Kommission und müsste entsprechend nachverhandelt werden.

### Verwässerung droht

Die Erfahrungen mit dem zu Beginn dieser Förderperiode neu eingeführten Greening zeigen, dass jeder gute Vorschlag in der politischen Diskussion bis zur Unkenntlichkeit verwässert werden kann. Daher zählen die Plattform-Verbände auch Maßnahmen auf, die sie ausdrücklich nicht für geeignet halten. Dazu gehören Zahlungen für die minimale Bodenbearbeitung, der Anbau von Biomassepflanzen, die Ausgleichszulage und die Förderung benachteiligter Gebiete (wenn sie nicht ökologisch qualifiziert wird). Auch eine Förderung von *precision farming* lehnen die Verbände als Eco-Scheme ab.

Die Stellungnahme der Plattform-Verbände richtete sich in erster Linie an die Agrarministerkonferenz. Diese rief eine Arbeitsgruppe ins Leben, die im Laufe des Sommers 2019 Vorschläge zu »Optionen und Ausgestaltungsmöglichkeiten der Grünen Architektur in Deutschland« erarbeitete. Ein erster Blick in das Papier zeigt, dass die Notwendigkeit, die Eco-Schemes effektiv und zielführend für einen signifikanten Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz zu nutzen, noch nicht hinreichend bei allen Beteiligten angekommen ist. Angesichts dessen, dass die Eco-Schemes eine große Chance für die Zukunft der EU-Agrarpolitik bieten und nach Meinung des Autors dieses Artikels das Herzstück des Kommissionsvorschlages sind, ist das sehr ernüchternd.

### Wenig zielführend: erste Entwürfe des BMEL

Die EU-Kommission will mehr Verantwortung in die EU-Mitgliedstaaten geben. Erstmals müssen diese einen nationalen GAP-Strategieplan gemeinsam für die Erste und Zweite Säule vorlegen, der alle mit EU-Agrargeldern finanzierten Fördermaßnahmen umfasst. Als Grundlage haben die EU-Mitgliedstaaten eine ausführliche Analyse vorzulegen, in der die Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken in ihrem

Gebiet zu beschreiben, in Beziehung zu setzen und zu bewerten sind. Das BMEL lud dafür bereits im Januar 2019 die Vereine und Verbände ein. So innovativ die Vorgehensweise bei diesem Treffen auch war (World Cafés sind dort eher unüblich), so enttäuschend war das Ergebnis, welches das Ministerium im Sommer 2019 als SWOT-Analyse-Entwurf vorlegte.

Der im Juli 2019 vorgelegte, noch unvollständige Entwurf der SWOT-Analyse hatte viele strukturelle, inhaltliche und politische Schwächen. Als Grundlage für einen zielführenden GAP-Strategieplan taugt er nicht. Dies kritisierten die Plattform-Verbände in einer Stellungnahme.<sup>14</sup> Der Entwurf mache nicht deutlich, wie ernst die Situation in weiten Teilen von Land- und Ernährungswirtschaft sei. Das bisher vorherrschende Entwicklungsmodell der Agrarpolitik für die Land- und Ernährungswirtschaft stoße an zentrale Grenzen der ökologischen Belastbarkeit und der gesellschaftlichen Akzeptanz. Gleichzeitig stehe der Großteil der Bäuerinnen und Bauern ökonomisch erheblich unter Druck. Insbesondere vermissten die Plattform-Verbände eine ausführliche und realistische Analyse der drängenden Herausforderungen, vor denen die landwirtschaftlichen Betriebe sowohl in der Flächenwirtschaft als auch in der Tierhaltung stehen. Diese Herausforderungen seien sowohl für die Betriebe als auch für die Gesellschaft insgesamt so bedeutsam, dass die Bundesregierung bereits losgelöst von der anstehenden SWOT-Analyse die Erarbeitung von einzelnen Lösungsstrategien begonnen hat: Ackerbau- und Nutztierstrategie, der Aktionsplan Insektenschutz, das Klimaschutzgesetz sowie das Luftreinhaltprogramm. Die Verbände betonen, dass einzelne Aspekte im Entwurf der SWOT-Analyse zwar angesprochen würden, jegliche Beschreibung der ökonomischen Konsequenzen für die Betriebe als auch für die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche jedoch fehle.

Neben der SWOT-Analyse sind die EU-Mitgliedstaaten aufgerufen, eine Bedarfsanalyse zu erstellen. Darauf aufbauend sollen die Interventionen (sprich: die verschiedenen Prämien) im nationalen Strategieplan beschrieben werden. Ein Entwurf der Bedarfsanalyse sowie der zweite Entwurf der SWOT-Analyse sind für das zweite Quartal 2020 angekündigt.

### Was sagt der neue Kommissar?

2019 wurde nicht nur ein neues Europaparlament gewählt. Ende des Jahres trat auch eine neue EU-Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen (CDU) ihren Dienst an. Nachfolger des Iren Phil Hogan als neuer Agrarkommissar wurde Janusz Wojciechowski (PiS-Partei) aus Polen. Damit geht dieses wichtige Ressort erstmals an einen Kommissar aus un-

serem Nachbarland. Seine Partei kann als konservativ, europaskeptisch und rechtspopulistisch bezeichnet werden. Von 2004 bis 2016 saß Wojciechowski für die PiS-Partei im Europäischen Parlament.<sup>15</sup>

Designierte Kommissare müssen sich den jeweiligen Fachausschüssen des Europäischen Parlaments in einer Anhörung präsentieren und um deren Zustimmung werben. In einer ersten Anhörung Anfang Oktober 2019 konnte Wojciechowski die Abgeordneten nicht von seiner agrarpolitischen Agenda überzeugen, schaffte es dann jedoch im zweiten Anlauf, ihr Vertrauen zu gewinnen. Im Mittelpunkt der Anhörung stand die GAP-Reform. Wojciechowski stellte klar, dass neue Legislativvorschläge von ihm nicht erwartet werden könnten, signalisierte aber Kompromissbereitschaft. Wojciechowski sprach sich für Freiwilligkeit bei den Eco-Schemes aus und bezeichnete ein Mindestbudget von 20 Prozent als »einen sehr guten Ausgangspunkt«. Er kündigte zudem einen Aktionsplan an, um die ökologische Landwirtschaft stärker zu fördern.<sup>16</sup>

In seiner früheren Rolle beim Europäischen Rechnungshof arbeitete Wojciechowski in einer Institution, welche Hogans GAP-Vorschläge ausführlich kritisiert hat. Dem neuen Agrarkommissar wird zugetraut, dass er sich für kleinere Betriebe und eine gerechte Verteilung der Direktzahlungen einsetzen wird. Neu ist, dass die Generaldirektion Landwirtschaft von einem der Kommissions-Vizepräsidenten »überwacht« wird. Frans Timmermans, der für den »Green New Deal« und für Klimaschutz zuständig ist, dürfte ein umweltsensibles Auge auf das Agrarressort werfen. In einem *mission letter* verdeutlichte Ursula von der Leyen bereits Anfang September 2019 ihre Erwartungen an den neuen Agrarkommissar und betonte unter anderem den Beitrag der GAP zum Umwelt- und Klimaschutz.<sup>17</sup>

### Wie geht's weiter?

Da sich das Parlament vor der Europawahl im Mai 2019 nicht mehr auf eine gemeinsame Position hat verständigen können, lagen für die neu gewählten Abgeordneten nur der Bericht des Agrar- und die Stellungnahmen der anderen Ausschüsse vor. Für den grünen Abgeordneten Martin Häusling stellt dabei »die fortschrittlichere Stellungnahme des Umweltausschusses [...] aktuell das Minimum an Zukunftsfähigkeit der Parlamentsdiskussion dar und muss unbedingt gestärkt werden.«<sup>18</sup> Ob die bisherige Position des Agrarausschusses im Plenum oder im neuen Agrarausschuss, der über 60 Prozent neue Mitglieder hat, eine Mehrheit hat, wird angezweifelt. Die Abgeordneten suchen nun nach Kompromissen zwischen den beiden Ausschüssen. Die EU-Abgeordnete Maria Noichl (SPD) betont: »In vielen Bereichen liegen die

Positionen beider Ausschüsse meilenweit voneinander entfernt. Dies ist etwa der Fall, wenn man an die Ausgestaltung der Konditionalität, die Budgetverteilung, die Eco-Schemes sowie ihr Pendant für Wettbewerbsfähigkeit, die Zielerreichung oder an Definitionen, wie die zu Dauergrünland, denkt. Für eine echte Reform hin zu einer nachhaltigen Agrarpolitik, müsste sich der Agrarausschuss noch einmal deutlich bewegen.«<sup>19</sup>

Eine Befassung im Plenum des Europäischen Parlaments wird wahrscheinlich im Frühjahr 2020 erfolgen. Wenn die Position des Agrarministerrates feststeht (die ohne eine Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU kaum erfolgen wird), kann der Trilog zwischen Rat, Europaparlament und EU-Kommission nach der Sommerpause 2020 beginnen. Hierbei gehen viele in Brüssel davon aus, dass das Ende des Trilogs während der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 möglich wäre. Angesichts der enormen Bedeutung der GAP und dem erheblichen Dissens, können die Verhandlungen aber auch viel länger dauern.

2020 wird daher ein spannendes Jahr für die EU-Landwirtschaft. Angesichts der enormen Herausforderungen in den ländlichen Regionen Europas wäre es eine vertane Chance, die neue GAP-Förderperiode (erneut) ohne eine ambitionierte GAP-Reform beginnen zu lassen. Der Erhalt bäuerlicher Betriebe und die

### Folgerungen & Forderungen

- Die pauschale Flächenprämie muss schrittweise abgeschafft werden.
- Übergesetzliche Leistungen der Landwirtschaft für Tierwohl, Umwelt-, Klima- und Naturschutz sind zu honorieren – beispielsweise über die Eco-Schemes.
- Kleine und mittlere Betriebe sind gezielt zu unterstützen. So lange es die pauschale Flächenprämie noch gibt, bieten sich hierfür die »Erste-Hektare-Prämie« sowie verbindliche Kappung und Degression an (Eco-Schemes sollten dabei ausgenommen werden).
- EU-weite Vorgaben für eine ambitionierte Konditionalität sowie ein EU-weites Mindestbudget für die Eco-Schemes sind festzulegen.
- Im EU-Haushalt müssen 15 Milliarden Euro jährlich für Erhalt und Wiederherstellung der Biodiversität reserviert werden.
- Der von der Bundesregierung angestrebte Ausbau des Ökolandbaus (20 Prozent im Jahr 2030) ist zu Beginn der Förderperiode einzuplanen und finanziell abzusichern.
- Ackerbau- und Nutztierstrategie der Bundesregierung sind in den nationalen GAP-Strategieplan zu integrieren.

Herausforderungen in den Bereichen Biodiversität, Klimaschutz und Regionalität müssen im Fokus der GAP-Verhandlungen stehen.

#### Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Ulrich Jasper und Christian Rehmer: Die EU-Agrarpolitik vor der Wahl. Plattform-Verbände legen Bewertung der Kommissionsvorschläge und eigene Forderungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik vor. In: Der kritische Agrarbericht 2019, S. 40–49.
- ▶ Ulrich Jasper und Christian Rehmer: Die Zukunft der Direktzahlungen. Über die neuen Pläne der EU-Kommission und die mögliche Vorreiterrolle Berlins. In: Der kritische Agrarbericht 2018, S. 34–38.
- ▶ Ulrich Jasper: Bäuerliche Leistungen honorieren. Ein Vorschlag zur Ausgestaltung der zukünftigen Agrarpolitik. In: Der kritische Agrarbericht 2017, S. 37–40.
- ▶ Ulrich Jasper: Dauerkrise überwinden – für Bauern, Umwelt und die Tiere! Deutschlands fataler Einfluss in der EU-Agrarpolitik und die ungenutzten Möglichkeiten für agrarpolitische Verbesserungen. In: Der kritische Agrarbericht 2016, S. 34–39.
- ▶ Ulrich Jasper: Deutschland fordert mit EU-Geld weiter Landkonzentration. Umsetzung der EU-Agrarreform in anderen Staaten viel gerechter und grüner. In: Der kritische Agrarbericht 2015, S. 17–24.
- ▶ Ulrich Jasper: Eine Reform mit großen Möglichkeiten. EU-Agrarpolitik kann auf nationaler Ebene erheblich gerechter und grüner werden. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 24–30.
- ▶ Bernd Voss: Da ist noch viel mehr drin. Agrarminister von Bund und Ländern nutzen die Möglichkeiten der EU-Agrarreform nicht aus. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 31–34.

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. U. Jasper und C. Rehmer: Die EU-Agrarpolitik vor der Wahl. Plattform-Verbände legen Bewertung der Kommissionsvorschläge und eigene Forderungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik vor. In: Der kritische Agrarbericht 2019, S. 40–49, hier S. 41.
- 2 Vgl. Verordnungsvorschlag 2018/0216 (COD), Artikel 14 (<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2018/DE/COM-2018-392-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>).
- 3 Vgl. ebd., Artikel 28.
- 4 Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Le Monde diplomatique (Hrsg.): Agrar-Atlas. Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft 2019. Berlin 2019, S. 14.
- 5 Unsere Kulturlandschaft – Grundlage für ein vielfältiges und reiches Leben. Positionspapier der CDU-/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 22. Oktober 2019, S. 4 ([www.cducusu.de/sites/default/files/2019-10/Positionspapier%20GAP.pdf](http://www.cducusu.de/sites/default/files/2019-10/Positionspapier%20GAP.pdf)).
- 6 Agrar-Atlas (siehe Anm. 4), S. 14.
- 7 Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes. Bundestags-Drucksache 19/13960 vom 14. Oktober 2019 (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/139/1913960.pdf>).

- 8 BMEL: EU-Agrarpolitik ([www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Agrarpolitik/\\_Texte/GAP-FAQs.html#doc4121226bodyText1](http://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Agrarpolitik/_Texte/GAP-FAQs.html#doc4121226bodyText1)).
- 9 »Deutliche Kritik am Gesetzespaket für Tier- und Umweltschutz«. Pressemeldung des Deutschen Bauernverbands vom 4. September 2019 ([www.bauernverband.de/deutliche-kritik-am-gesetzespaket-fuer-tier-und-umweltschutz](http://www.bauernverband.de/deutliche-kritik-am-gesetzespaket-fuer-tier-und-umweltschutz)).
- 10 Vgl. Jasper und Rehmer (siehe Anm. 1), S. 43.
- 11 Stellungnahme der Verbände-Plattform zur Ausgestaltung der Eco-Schemes im Rahmen der EU-Agrarpolitik nach 2020. Berlin 21. März 2019 ([www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/landwirtschaft/landwirtschaft\\_eco\\_schemes\\_stellungnahme\\_umweltverbaende.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/landwirtschaft/landwirtschaft_eco_schemes_stellungnahme_umweltverbaende.pdf)).
- 12 BMEL: Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) am 15. April 2019 in Luxemburg ([www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Agrarpolitik/\\_Texte/Agrarrat\\_04\\_2019\\_Luxemburg.html](http://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Agrarpolitik/_Texte/Agrarrat_04_2019_Luxemburg.html)).
- 13 Verbände-Plattform (siehe Anm. 11).
- 14 Stellungnahme zum BMEL-Entwurf einer SWOT-Analyse zur GAP nach 2020. Berlin 18. September 2019.
- 15 »Polen stellt nächsten EU-Agrarchefk. NABU-GAP-Ticker vom 13. September 2019 (<https://blogs.nabu.de/naturschaetze-retteten/nabu-gap-ticker-2019-09-13/>).
- 16 »Grilling: beendet: Kandidat\*innen für Klima, Umwelt, Energie und Agrar haben bestanden«. Meldung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) vom 10. Oktober 2019 ([www.dnr.de/eu-koordination/eu-umweltnews/2019-service-termine/grilling-beendet-kandidatinnen-fuer-klima-umwelt-energie-und-agrar-haben-bestanden/](http://www.dnr.de/eu-koordination/eu-umweltnews/2019-service-termine/grilling-beendet-kandidatinnen-fuer-klima-umwelt-energie-und-agrar-haben-bestanden/)).
- 17 U. von der Leyen: Mission letter Janusz Wojciechowski: Commissioner-designate for Agriculture. Dated 10. September 2019 ([https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/mission-letter-janusz-wojciechowski\\_en.pdf?utm\\_source=POLITICO.EU&utm\\_campaign=4d4f5e77e4-EMAIL\\_CAMPAIGN\\_2019\\_09\\_11\\_04\\_55&utm\\_medium=email&utm\\_term=0\\_10959ede5-4d4f5e77e4-189900073](https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/mission-letter-janusz-wojciechowski_en.pdf?utm_source=POLITICO.EU&utm_campaign=4d4f5e77e4-EMAIL_CAMPAIGN_2019_09_11_04_55&utm_medium=email&utm_term=0_10959ede5-4d4f5e77e4-189900073)).
- 18 »Good Food Good Farming-Demo am Di. 22.10. wegen GAP: Für die Zukunft demonstrieren statt dagegen!« Pressemitteilung von Martin Häusling vom 21. Oktober 2019 ([www.martin-hausling.eu/presse-medien/pressemitteilungen/2412-good-food-good-farming-demo-am-di-22-10-fuer-die-zukunft-demonstrieren-statt-dagegen.html](http://www.martin-hausling.eu/presse-medien/pressemitteilungen/2412-good-food-good-farming-demo-am-di-22-10-fuer-die-zukunft-demonstrieren-statt-dagegen.html)).
- 19 M. Noichl: Rückblick auf die Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung am 8. Oktober 2019 (18. Oktober 2019).



**Christian Rehmer**

Leiter Agrarpolitik beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin  
christian.rehmer@bund.net